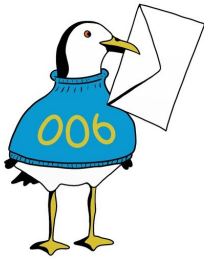


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,

das war eine ereignisreiche Woche! Nachdem unsere Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer am Montag ihren Rücktritt vom Parteivorsitz angekündigt hat, überschlägt sich die Berichterstattung zu ihrer möglichen Nachfolge. Ich halte es da wie Konrad Adenauer: **"Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang."**



Ich denke aber, dass wir nicht erst auf einem Parteitag im November über die Nachfolge entscheiden, sondern möglichst **noch vor der Sommerpause die Führungsfrage klären** sollten. Online-Umfragen zu Wunschkandidaten oder wilde Spekulationen darüber, wer sich nun als Erster aus der Deckung traut, bringen uns in der Sache nicht weiter. Annegret Kramp-Karrenbauer hat angekündigt, in der kommenden Woche mit allen potentiellen Kandidaten Gespräche zu führen. Diese Zeit müssen und wollen wir allen Beteiligten lassen. Das hat was mit dem **Respekt vor dem Menschen** und der **Tragweite dieses politischen Amtes** zu tun. Eine zentrale Frage hinsichtlich eines neuen Parteivorsitzenden oder einer neuen Parteivorsitzenden ist für mich: Wer ist in der Lage, **die Union nach ganz links und ganz rechts abzugrenzen**, dabei aber genügend Raum für die unterschiedlichen Denkrichtungen zu lassen, die es in einer Volkspartei wie der CDU geben muss?



Ein weiteres Thema, dass uns alle umtreibt, ist die **Ausbreitung des Coronavirus**. Außerhalb Chinas sind weltweit mehr als 500 Krankheitsfälle, davon 16 in Deutschland, bestätigt. Nach der WHO-Konferenz am Mittwoch fand am Donnerstag ein Treffen der europäischen Gesundheitsminister in Brüssel statt. Hier ging es u.a. um die **beschleunigte Entwicklung eines Impfstoffes** und mögliche Medikamentenengpässe.

Außerdem berieten die Minister darüber, wie man einheitliche Einreisekontrollen, im Falle einer weiteren Ausbreitung des Erregers, organisieren kann.

In einer Aktuellen Stunde im Bundestag zu diesem Thema betonte Gesundheitsminister Jens Spahn noch einmal, dass es **laut dem Robert-Koch-Institut in Deutschland keinen Anlass für Panik gibt** und die Gefahr für die Gesundheit der Menschen als gering eingeschätzt wird. Man sei **"wachsam, aufmerksam und gut vorbereitet"**, so Spahn. Das Krisenmanagement des Ministers zeigt, dass unser Gesundheitssystem, die freiwilligen Helfer und der internationale Kommunikationsaustausch sehr gut ineinander greifen.

Diese Woche war aber noch viel mehr los! Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen. Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? **Schreiben Sie mir!**

Das war die Woche im Plenum

Neuregelung der Stiefkindadoption



In seinem Urteil vom 19. März 2019 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass es gegen geltendes Verfassungsrecht verstößt, Stiefkindadoption in nichtehelichen Familien auszuschließen. Im Sinne dieser höchstrichterlichen Entscheidung haben wir am Donnerstag im Plenum beschlossen, dass **Stiefkinder nicht mehr nur innerhalb einer Ehe adoptiert werden dürfen, sondern auch innerhalb nichtehelicher Familien.**

Voraussetzung dafür ist der **Nachweis über eine "verfestigte Lebensgemeinschaft" von mindestens vier Jahren.** Hat ein **Paar bereits ein gemeinsames Kind**, ist eine Stiefkindadoption ebenfalls möglich. Wenn wir uns die Lebensrealität vieler Familien ansehen, halte ich diese Entscheidung, und eine rechtliche Neuregelung, für angebracht. Denn: Immer mehr Eltern und ihre Kinder leben mit einem neuen Partner in einer Patchwork-Familie zusammen und übernehmen füreinander Verantwortung. Eine **feste Einheit bei der Stiefkindadoption bilden auch in Zukunft die Jugendämter** hinsichtlich einer fachlichen und pädagogischen Begleitung einer Adoption und die **Familiengerichte**, die letztendlich das Verfahren durchführen und abschließen. Mir ist es wichtig, dass **das Kindeswohl immer höchste Priorität hat.** Denn für Kinder und Eltern ist eine Adoption immer eine Entscheidung fürs Leben.

Einheit der EU nach dem BREXIT

In der Fraktionssitzung am Dienstag haben wir einen **Antrag über die künftige Ausgestaltung der Beziehung zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich** verabschiedet. Denn nach dem Austritt am 31. Januar 2020 heißt es jetzt, eine möglichst enge Partnerschaft mit Großbritannien zu knüpfen, dabei jedoch **faire Wettbewerbsbedingungen für beiden Seiten** zu vereinbaren. Diese umfassen Umwelt-, Klima-, Sozial-, Arbeits- und Verbraucherschutzstandards.



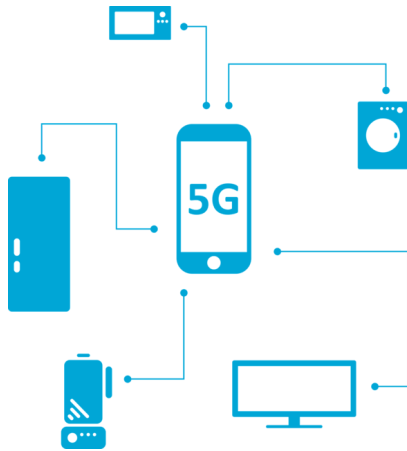
Auch die Bereiche Wettbewerbs- und Kartellrecht, Beihilfe, Steuerpolitik und nachhaltige Entwicklung gehören dazu. **Politische Absichtserklärungen reichen uns hier als Rückversicherung nicht aus.** Deswegen fordern wir in unserem Antrag die Bundesregierung dazu auf, bei den Verhandlungen im Europäischen Rat über die künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich, auf folgende bindende Vereinbarungen hinzuwirken:

- **keine einseitigen Wettbewerbsvorteile** für Großbritannien und keine Absenkungen bestehender EU-Standards;
- Beibehaltung der **Kontrollen über den Binnenmarkt seitens der EU** sowie die Auslegung des Unionsrechts;
- Fortführung der **Kooperation bei der inneren Sicherheit** ohne Sicherheitslücken;
- Bewahrung der **Entscheidungsautonomie im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik** seitens der EU, verbunden mit einer sehr engen

Partnerschaft zwischen den EU-Institutionen, den EU-Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich;

- ausloten der Möglichkeiten einer **weiteren Zusammenarbeit** in den Bereichen **Kultur, Wissenschaft, Bildung und Innovation** sowie die
- einheitliche Interessenvertretung der EU gegenüber Großbritannien.

Beschlussfassung unserer Fraktion zum Ausbau des 5G-Netzes



Nach intensiven Diskussionen haben wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Woche auf **konkrete Maßstäbe für ein sicheres 5G-Netz geeinigt**. Damit stellen wir die ganz klare Forderung an die Bundesregierung, die Novelle des Telekommunikationsgesetzes und das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 vorzulegen. Hier muss klargestellt werden, welche **Anforderungen an Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit** ein Ausrüster erfüllen muss, um sich am 5G-Netzausbau in Deutschland beteiligen zu dürfen.

Zentrales Ziel unserer Politik muss es sein, **in Deutschland weltweit den Maßstab für sichere 5G-Netz zu setzen**. Die kommenden 5G-Netze müssen **höchsten Sicherheitsanforderungen** genügen und **höchste Ansprüche an Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität** erfüllen. Er gilt insbesondere zu verhindern, dass sie dem Zugriff anderer Staaten unterliegen. Die Politik steht hier in der Verantwortung, Wirtschaft und Gesellschaft vor Diebstahl, Sabotage, Manipulation und Einflussnahme Dritter zu schützen.

Wir brauchen eine **starke Kryptographie** und eine **Ende-zu-Ende Verschlüsselung** der Daten, um das Vertrauen in die Kommunikation und den Datenaustausch zu sichern. Wir fordern die Bundesregierung deswegen auf, konkrete Sicherheitsanforderungen in einem entsprechenden **Sicherheitskatalog zu definieren**. Für Unternehmen, die in den 5G-Ausbau in Deutschland einsteigen, sind diese Anforderungen bindend und müssen bei **Nichteinhaltung sanktioniert** werden. Die zuständigen Bundesbehörden wenden die Sicherheitsvorgaben an und kontrollieren deren Einhaltung. Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass auf **EU-Ebene einheitliche 5G-Standards** gelten.

Das war die Woche in Berlin

"Aktion Rote Hand" gegen den Einsatz von Kindersoldaten



"Waffen gehören nicht in Kinderhände". Dafür setzen wir mit der **Roten Hand** jedes Jahr am 12. Februar ein **Zeichen gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen als Soldaten** in Kriegen und kriegerischen Konflikten. Zu der Aktion hatte am Dienstag die Kinderkommission des Bundestages auf die Fraktionsebene eingeladen, an der ich gemeinsam mit meinem **Kollegen Maik Beermann** gerne teilgenommen habe.

In einer Vielzahl von Ländern werden Minderjährige als **Kindersoldaten** missbraucht.

Die **Vereinten Nationen gehen von weltweit ca. 250.000 Kindern und Jugendlichen aus**. Sie erfahren und sehen Dinge, die wir uns nicht vorstellen können: Sie werden in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen, Sklavendienste leisten und werden häufig Opfer sexualisierter Gewalt. Gegen diese schrecklichen Formen der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wollen wir auch in diesem Jahr ein Zeichen setzen. Die gesammelten roten Handabdrücke der Abgeordneten werden der UN-Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte, Frau Virginia Gamba, als Signal des Deutschen Bundestages gegen den Einsatz von Kindersoldaten übersandt.

Wie tickt Deutschlands Jugend?

Am Mittwochvormittag war der Soziologe **Prof. Dr. Klaus Hurrelmann zu Gast im Familienausschuss**. Der Wissenschaftler leitet seit 18 Jahren die "**Shell Jugendstudie**". Eine unabhängige Untersuchung, die seit den 50er Jahren aufzeigt, wie die Generation der 12- bis 25-Jährigen heute in Deutschland aufwächst: Welche Rolle spielen Familie und Freunde, Schule und Beruf, Digitalisierung und Freizeit? Wie stehen junge Menschen zu Politik, Gesellschaft und Religion?



Was uns alle wahrscheinlich nicht verwundert ist, dass **die Onlineaktivitäten der Jugendlichen zunehmen**. "Hängen" wir Erwachsenen doch auch zunehmend am Smartphone oder vor dem Tablet. Auch wenn die Nutzung sozialer Medien wie WhatsApp, Instagram oder Youtube zunimmt, steht die **Beziehung zu den Eltern, der Familie und guten Freunden ganz oben auf der Prioritätenliste** der jungen Leute. Das Verhältnis zu den Eltern ist bei über der Hälfte der Jugendlichen so gut wie nie zuvor. Da verwundert es auch kaum, dass ebenso viele angeben, dass **Eltern Erziehungsvorbilder** sind und der **Wunsch nach einer eigenen Familie** stetig zunimmt. Und auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen treibt schon ein spezielles Thema um: Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Das ist also nicht nur ein Thema der Gegenwart, sondern vor allem eines der Zukunft. Die **Gestaltung von Arbeitsbedingungen** für Frauen und junge Familien wird weiter an Bedeutung gewinnen und entscheidend dafür sein, für welchen Beruf oder welche Branche sich die Jugendlichen entscheiden.

Was mich bei den Studienergebnissen aufhorchen lässt: Während die **Zufriedenheit mit der Demokratie steigt** und bei ca. 77% liegt und auch das Vertrauen in die EU leicht gewachsen ist, **nimmt das Vertrauen in Politik und Parteien weiter ab**. Das können wir nicht einfach so hinnehmen! Jeder von uns, der sich aktiv in der Politik engagiert, ob im Bund, im Land oder der Kommune, sollte sich dieser Unzufriedenheit annehmen, Augen und Ohren offen haben, das **Gespräch suchen und Lösungen für Probleme finden**. Den Jugendlichen sei aber auch gesagt: **Bringt euch ein und macht Lösungsvorschläge!** Die Jugendorganisationen der Parteien sind hier eine von vielen "Anlaufstellen" etwas zu verändern.

Alles in allem war es eine lebhaft und aufschlussreiche Diskussion mit einem renommierten Wissenschaftler, der Studienergebnisse vorlegte, die unser politisches Handeln zumindest begleiten sollte.

Alle detaillierten Infos zu der Studie finden Sie [hier](#).

Maritimes Frühstück der Hafenwirtschaft

Der Donnerstagmorgen startete um 7.00 Uhr mit einem **Frühstück** in der Landesvertretung Schleswig-Holstein, zu dem die **Hafenwirtschaft** eingeladen hatte. Zentrale Themen des Vortrags vom



FDP-Wirtschaftsminister Dr. Bernd Bucholz und der anschließenden Diskussion waren die **Planungsbeschleunigung maritimer Bauvorhaben**, die allgemeine **Hafeninfrastruktur** und das Thema **Landstrom**.

Die Häfen in Schleswig-Holstein sind das Drehkreuz der maritimen Logistik auf Landes-, Bundes- und Europäischer Ebene. Ein enges **Zusammenspiel zwischen Bund und Land** ist hier unerlässlich für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Häfen im Norden.

Meine Rede im Plenum

Bereits zum zweiten Mal habe ich im Plenum zum Koalitionsantrag zur **"Anerkennung der von den Nationalsozialisten als "Asoziale" und "Berufsverbrecher" Verfolgten"** gesprochen. Beide Gruppen, denen in der NS-Zeit unvorstellbares Leid zugefügt wurde, verdienen es, öffentlich rehabilitiert zu werden.



Denn: Niemand wurde zu Recht in einem Konzentrationslager inhaftiert, gequält und ermordet. Eine Einzelfallprüfung, wie die AfD es vorschlägt, finde ich inakzeptabel. Nach dem Kriegsfolgengesetz können Opfer Entschädigung erhalten. Natürlich ist es keine Sternstunde unseres Landes, dass die meisten Opfer diese späte Gerechtigkeit nicht mehr erleben. Wir wollen mit unserem Antrag auch erreichen, dass die **Geschichte dieser Menschen aktiv aufgearbeitet wird** und somit als Teil der NS-Verbrechen ins historische Bewusstsein gelangt.

Meine ganze Rede von Donnerstagabend finden sie [hier](#). (Meinen Redebeitrag zu diesem Thema vom letzten Jahr können Sie [hier](#) noch einmal ansehen).

Terminauswahl für die Wochen vom 17. Januar bis zum 1. März 2020

Montag, 17. Februar 2020

- Sitzung der Struktur- und Satzungskommission der CDU Deutschlands, Berlin

Dienstag, 18. Februar 2020

- Kreisvorstandssitzung der CDU Bad Segeberg

Mittwoch, 19. Februar 2020

- Parlamentarischer Abend des Handwerks Schleswig-Holstein, Kiel

Donnerstag, 20. Februar 2020

- Gespräch mit einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis, Berlin

Freitag, 21. Februar 2020

- Biikebrennen bei der CDU Wittdorf

Dienstag, 25. Februar 2020

- Gespräch mit der Verkehrswacht Bad Segeberg zum Thema Drogenprävention

Mittwoch, 26. Februar 2020

- Mitgliederversammlung der Kulturpolitischen Gesellschaft Schleswig-Holstein, Kiel

Donnerstag, 27. Februar 2020

- Jahresempfang der Bundespolizeidirektion, Bad Bramstedt

Sonntag, 1. März 2020

- Jazz-Frühshoppen bei der CDU Daldorf



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.